

Sehr geehrter Herr Minister,

die Klasse FFF 5.2 der staatlichen Fachschule für Lebensmitteltechnik hat sich im Rahmen ihres Politik- und Gesellschaftsunterrichts mit dem Thema TTIP auseinandergesetzt und sich dabei sehr engagiert und auch viel Mühe gegeben. Vielleicht gelingt es Ihnen, die ein oder andere Anregung dazu aufzunehmen.

In jedem Falle würden wir uns über ein Feedback Ihrerseits sehr freuen.

Lebensmitteltechnikerstudierenden des OSZ Emil-Fischer-Schule
Cyclopstraße 1 -5
13437 Berlin

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Herrn Bundesminister Dr. Gerd Müller
Stresemannstraße 92
10963 Berlin

TTIP und Verbraucherschutz vertragen sich nicht!

Berlin, 30. Juni 2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir, die Lebensmitteltechnikerstudierenden FFF 5.2 der staatlichen Fachschule für Lebensmitteltechnik in Berlin, beschäftigen uns im Rahmen des Politik- und Gesellschaftsunterrichts mit dem Thema „TTIP“.

TTIP ist ein kontroverses Thema, welches einschneidende Veränderungen für unsere Zukunft in der Lebensmittelindustrie mit sich bringt. Aufgrund des konspirativen Umgangs der Entscheidungsträger mit TTIP bleiben viele Fragen offen.

Wir haben nun einmal unsere Pro und Kontra-Argumente für Sie zusammengefasst.

Pro:

- Die Bundesrepublik profitiert als größte Export-Nation Europas im Vergleich sehr stark vom Freihandel und mit TTIP noch mehr.
- Denn jeder vierte Arbeitsplatz in der BRD hängt direkt oder indirekt vom Export ab. Gemeinsame Regeln und Standards ermöglichen Kosteneinsparungen bei der Herstellung und dies könnte zu sinkenden Preisen für die Verbraucher führen.

Kontra:

- Die USA wollen ihre Produkte nach Europa exportieren, ohne europäische Verbraucher- und Tierschutzvorschriften einzuhalten.
- TTIP könnte die Einfuhr gentechnisch veränderter Lebensmittel erleichtern und die Kennzeichnungspflicht aufweichen.
- Die durch die EU-Chemikalien- Verordnung REACH vorgeschriebene Gefahrenprüfung vor der Markteinführung von Substanzen würde obsolet werden, wenn TTIP auch den Chemie-Sektor umfassen würde: Ein Konzern müsste nur ein Produkt in den USA anbieten und schon könnte es auch in Europa verkauft werden.
- TTIP verletzt die EU- Richtlinien, sodass Verbraucherschutz, Lebensmittelzusatzstoffe und Zulassungen nicht mehr kontrollierbar sind.
- Da jeder der Mitgliedsstaaten eigene Verhandlungen mit den USA führen wird, kann nicht gewährleistet werden, dass Produkte, die die EU- Richtlinien verletzen, doch in Umlauf kommen, z.B. Genmais aus wirtschaftsschwächeren EU-Mitgliedsstaaten.
- ➔ Denn die Kontrolle über alle aus den USA importierten Produkte wäre für die Sicherheitsorgane der EU nicht zu bewältigen.

Da über die Inhalte des Freihandelsabkommen ohne die Beteiligung der EU Bürger sowie hinter verschlossenen Türen abgestimmt wird, wirft TTIP einen fraglichen Schatten voraus. Lebensmittel sind Bestandteile des alltäglichen Lebens eines jeden EU Bürgers. Daher sollten diese auch die Möglichkeit bekommen, die Verhandlungen verfolgen zu können. Die Intransparenz der Verhandlungen lässt das Vertrauen der EU Bürger in TTIP in hohem Maße sinken.

Da wir uns in naher Zukunft in der Lebensmittelindustrie sehen und uns auf dem Fundament des vorbeugenden gesundheitlichen Verbraucherschutzes bewegen, sehen wir noch keine Möglichkeit, TTIP als Werkzeug im Lebensmittelalltag verwenden zu können.

Ziele von TTIP sind nicht nur neue Regeln zur Lebensmittelsicherheit und zu Produktionsstandards, sondern auch der Umbau unseres politischen Systems.

Die Gefahr besteht darin, dass Einzelinteressen wirtschaftlicher Akteure in den Vordergrund gerückt und dafür demokratische Regeln abgebaut oder unterhöhlt werden.

Das Unbehagen in Fragen der Lebensmittelsicherheit steigt an, wobei die Marktmacht von Großkonzernen kleinere mittelständische Unternehmen verschlingen wird.

Es gibt drei Punkte, die die Aushöhlung der Demokratie begünstigen.

1. Politische Entscheidungen können nachträglich teuer werden. Sogeannter Investitionsschutz ist ein wichtiger Teil der TTIP-Verhandlungen.
2. Private Gerichte können Staaten unter Druck setzen. Mit Hilfe von TTIP soll eine Paralleljustiz zur Durchsetzung von Investitionsschutz etabliert werden.
3. Entscheidungen im vordemokratischen Raum werden „entschärft“. Handelsinteressen sollen in dem politischen Entscheidungsprozess einfließen, bevor dieser öffentlich wird.

Über eine begründete Stellungnahme von Ihnen würden wir uns sehr freuen. Gerne sind wir bereit, unsere Argumentationslinien noch ausführlicher darzulegen.

Mit freundlichen Grüßen, gleichwohl in Sorge um unser gemeinsames wirtschaftliches Selbstverständnis

Die Lebensmitteltechnikerstudierenden FFF 5.2 der staatlichen Fachschule für Lebensmitteltechnik in Berlin und ihr Fachlehrer Julius Lottes, StR.

Clemens Fuchner	Manuela Wolke
Daniel Koenig	Dana Krallmann
	David Völz
	
A. Knippschub	D. Willwilde
	
S. Hoff	B. Spamm
L. Wolf	D. Tschick
R. Hacht	K. Muehlen
	J. Wille